

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

legt jetzt nach Mühe und Not einen ersten Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes vor. Ich habe immer gewartet, was ist denn da so alles drin? Das, was darin sein müßte, steht zur Zeit gar nicht drin. Ich befürchte auch, es wird nicht drinstehen. Es wird ein ganz schwammiges, weiches Gesetz nur für die Bundesverwaltung. Ich muß sagen, das reicht mir nicht für ein Gleichstellungsgesetz aus. Da wäre die Bundesministerin ganz anders gefordert.

Frau Hürten, zu Ihnen noch eins. Sie hatten das auch gestern in der Debatte gesagt. Für mich ist es ganz wichtig, nochmals darauf hinzuweisen: Das, was im Bereich der Frauenpolitik in diesem Lande passiert, spielt sich nicht nur im Haushalt der Ministerin ab, und spielt sich auch nicht nur da ab, was wir im Zuge der Beilage zu meinem Haushalt hinzugefügt haben. Es wäre wirklich ein Mißbrauch dieser Beilage, wenn Sie so argumentieren wollten: Das, was im Haushalt der Ministerin und in der Beilage steht, das ist alles das, was für Frauen gemacht wird. Ich darf Sie herzlich bitten, darauf hinzuweisen, was alles nicht in dieser Beilage steht, aber was sich im Haushalt des Landes umsetzt, und zwar in allen Fachpolitiken.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B)

Ich darf vielleicht darauf hinweisen: Wir haben in der letzten Frauenausschußsitzung gemeinsam mit fünf Ministerien der Landesverwaltung diesem Frauenausschuß einen Bericht über das, was sich alles im Rahmen des Landeshaushaltes vollzieht, vorgelegt. Ich muß sagen, nach dieser Sitzung hatte ich den Eindruck, die Mitglieder dieses Frauenausschusses waren wirklich bar erschöpft über all das, was dort geschieht.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, darf ich Sie einmal unterbrechen? Wollen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Hürten zulassen?

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Nein. Meine Redezeit ist zu Ende, und ich muß jetzt auch zum Schluß kommen.

Nur dieses Beispiel noch einmal. Daran wird deutlich,

(C)

wieviel gemacht wird und wie umfänglich die Frauenpolitik ist, und so soll es auch weitergehen.

Ich darf zum Abschluß noch sagen: Wir wollen mit unserer Frauenpolitik auf der einen Seite die Frauen ermutigen, die Frauen unterstützen und fördern und auf der anderen Seite den Männern Mut machen, ihre Aufgabe in der Familie wahrzunehmen. Also: Frauenförderung im Beruf - Männerförderung in der Familie. Ich denke, dann haben wir in der Summe ein rundes Gleichstellungskonzept. Das wollen wir umsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN ab, und zwar Drucksache 11/2913, Kapitel 11 020 Titel 684 40, Stichwort: Zusammenfassung der Mittelvergabe für Frauenberatungsstellen und Mädchenhäuser. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt.

(D)

Wir kommen damit zur Entscheidung über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2811. Wer dem Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2811 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung entsprochen worden, und dem Einzelplan 11 ist in zweiter Lesung zugestimmt worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Haushaltsgesetz 1992

Es ist hinzuweisen auf die Beschlußempfehlung Drucksachen 11/2800, 11/2812 und 11/2816 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksachen 11/2914, 11/2915 und 11/2916.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner das Wort Herrn Kollegen Meulenbergh von der CDU.

Abgeordneter Meulenbergh (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Zeit möchte ich mich vorrangig mit dem Einzelplan 20, dem Haushalt des Finanzministers beschäftigen.

Lassen Sie mich das insgesamt wenig erfreuliche Thema mit einer positiven Aussage beginnen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Aha! - Zustimmung bei der CDU)

Die Steuereinnahmen sprudeln auch in diesem Jahr kräftiger als erwartet. Mit mehr als 3,6 Milliarden DM liegen sie über dem Niveau des Vorjahres und erreichen die Rekordsumme von 57,9 Milliarden DM.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Diese Tatsache ist nach wie vor auf eine gesamtwirtschaftlich günstige Situation in Deutschland zurückzuführen.

Zusätzlich profitiert Nordrhein-Westfalen von der Nachfrage aus den fünf neuen Bundesländern. Dies zeigen beispielsweise die trotz der Neuverteilung um 600 Millionen DM gestiegenen Einkünfte aus der Umsatzsteuer.

Was unzählige Beschäftigungsprogramme der Landesregierung nicht vermocht haben - die arbeitsmarktpolitischen Impulse der Einheit konnten erstmals die Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen nennenswert senken.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Nimmt man sich den Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung - vor, sucht man allerdings vergebens nach einer Resonanz dieser positiven Rahmenbedingungen. Der Finanzminister hat auch in diesem Jahr wieder eine atemberaubende Neuverschuldung zu verantworten.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das haben wir den ganzen Tag noch nicht gehört!)

Ende 1992 wird die Verschuldung insgesamt sage und schreibe 117 Milliarden DM betragen.

(Minister Schleußer: Woher wissen Sie das denn?)

Analog dazu sinkt der finanzielle und damit politische Spielraum der Landesregierung stetig. Wenn Nordrhein-Westfalen Zukunft haben soll, darf in dieser Weise nicht weitergemacht werden.

Die CDU stellt sich den Herausforderungen an die Politik. Da es der Landesregierung offensichtlich an der notwendigen Phantasie und Durchsetzungsfähigkeit fehlt, empfehle ich ihr, sich an unseren Vorschlägen zu orientieren.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Meine Damen und Herren, niemand kann ernsthaft die Notwendigkeit bestreiten, in einer Zeit knapper öffentlicher Gelder nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Die CDU hat seit langem gefordert, alle Positionen in den einzelnen Ressorts einer Prüfung zu unterziehen und auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurückzuschrecken.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das merkt man.)

Dies haben wir durch unsere Anträge in den Fachausschüssen bewiesen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ach nee!)

Zunächst ist es allerdings die Pflicht und Schuldigkeit der Landesregierung, vor der eigenen Tür zu kehren und die aufgeblähte Ministerialbürokratie auf ein vernünftiges Maß zu vermindern.

(A) (Meulenbergh [CDU])

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Gucken Sie mal nach Bonn und sagen Sie das Ihrem Kanzler!)

Durch eine fünfprozentige Reduzierung der Ministerialstellen wären rund 15 Millionen DM einzusparen. Dieser Betrag ist für sich genommen relativ gering, signalisiert jedoch der Bevölkerung die Bereitschaft der Landesregierung, notwendige Lasten gemeinsam - gemeinsam! - zu tragen.

In diesem Zusammenhang glauben wir auch, daß die Minister sparsamer mit ihren Verfügungsmitteln umgehen müssen.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministers Schleußer)

1,9 Millionen DM könnten durch deren Halbierung eingespart werden.

(Minister Schleußer: Was? Wieviel?)

- 1,9 Millionen DM!

(B) Als eine weitere Maßnahme ist die Streckung von Unterhaltungsarbeiten sowie von Neu- und Erweiterungsbauten naheliegend und vernünftig. In einer Zeit florierender Baukonjunktur muß sich die öffentliche Hand zurückhalten. 58 Millionen DM sind dafür weniger einzusetzen.

Ein erprobter Weg, um Schulden abzubauen und Einnahmen zu verbessern, ist die Privatisierung landeseigener Unternehmen und die Veräußerung von Vermögen. Hierbei tut sich die SPD von jeher sehr schwer.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das Familiensilber verscherbeln?)

Wir fordern den Verkauf des Landesanteils an der Lufthansa.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Alle Jahre! - Lachen bei der SPD)

Der Verkehrswert unserer Beteiligung erbringt einen effektiven Zinsertrag von lediglich 2,8 %.

(C)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das haben wir schon einmal gehört.)

Die Schuldenaufnahme könnte, dem Erlös entsprechend, um 84 Millionen DM verringert werden. Dies bedeutet bei den derzeit auf dem Kreditmarkt geforderten 10 % Zinsen eine wichtige Entlastung des Haushalts.

Bezüglich des Landesanteils an der WestLB ist in gleicher Weise zu verfahren. 500 Millionen DM wären durch den Verkauf zu erzielen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Forderung, die Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank aufzulösen und den Ertrag von ca. 68 Millionen DM zur Schuldenreduzierung zu verwenden.

Als letzten Punkt beantragen wir die Veräußerung des Grundstücks Tannenstraße in Düsseldorf.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Auch alle Jahre! - Zuruf der Abgeordneten Speth [SPD])

550 Millionen DM könnten zweckdienlich eingesetzt werden.

(D) In der Addition erbringen die Einspar- und Umschichtungsvorschläge der CDU rund 1,3 Milliarden DM. Der Haushalt 1992 würde auf diese Weise um einen gewaltigen Betrag entlastet, und die Handlungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalens würde gesteigert.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Sollen wir da Büroklötze hinstellen?)

Meine Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen steht vor schweren Prüfungen. Die Strategien der Landesregierung erfüllen die hohen Ansprüche nicht. Opfer dieser verfehlten Politik sind neben den Bürgern die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Gerade unsere Kommunen sind offensichtlich dazu ausersehen, die Versäumnisse der Regierung auszubaden und ihre verfehlte Ausgabenpolitik zu sanieren.

Der Raubzug durch die Gemeindekassen findet in Gestalt des Gemeindefinanzierungsgesetzes auch 1992 eine unrühmliche Fortsetzung.

(A) (Meulenbergh [CDU])

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Können Sie das einmal anders nennen als "Raubzug"?)

Die Zuweisungen des Landes aus dem allgemeinen Steuerverbund gehen real zurück. Sozial reden und unsozial handeln ist hierbei sozialdemokratische Praxis.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Meulenbergh, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Meulenbergh (CDU): Ich habe noch eine Minute. Ich möchte das im Zusammenhang vortragen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Stört ihn nicht, sonst kommt er noch mehr durcheinander!)

Die ungezählt an den Landtag adressierten Zuschriften machen auch dem letzten klar, daß diese gemeindefeindliche Politik der Landesregierung schon in Kürze die finanzschwächeren Kommunen zum Offenbarungseid zwingen wird.

(B)

(Oh! bei der SPD)

Das Land sieht dieser Entwicklung ungerührt zu. 25 Jahre sozialdemokratische Regierung haben zu einer Erstarrung des politischen Lebens in Nordrhein-Westfalen geführt.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Das wüßte ich aber!)

Wir haben also weiß Gott keinen Grund zu feiern.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Sicher haben wir gefeiert!)

Gerade in den letzten Wochen, meine Damen und Herren, wurde die Verfilzung von Landesregierung, SPD-Fraktion und öffentlichen Funktionsträgern ausführlich erörtert. Unabhängige Gutachter attestier-

ten hier eine verfehlte Politik.

Nun steht es ja kaum zu erwarten, daß sich der Finanzminister nach den abschreckenden Erfahrungen seines Ministerkollegen Schwier eine Art Kienbaum-Gutachten für sein Ressort anfertigen läßt.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

Aber auch ohne einen solchen zusätzlichen Beweis kann von niemandem geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen kläglich gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Es beweist sich erneut, daß Sozialdemokraten Schwierigkeiten haben, mit Geld umzugehen, und dadurch Opfer Ihres unverantwortlichen Finanzgebarens werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das haben wir schon einmal gehört!)

Meine Damen und Herren, bei einer Pro-Kopf-Veranschuldung von über 6 000 DM wird jedem Bürger unseres Landes bewußt, wie ernst die Lage und wie unaufschiebbar eine Revision der bisherigen haushaltspolitischen Sünden ist.

(D)

Mir bleibt die Hoffnung, daß sich der Finanzminister der Vernunft beugt und unsere Vorschläge übernehmen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Kollegin Meyer-Schiffer für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Irgendwie stehe ich jetzt zwischen Schmunzeln und Erstaunen. Herr Kollege Meulenbergh, ich habe fast den Eindruck, Sie haben die letzte Haushaltsrede nur um ein paar neue Zahlen ergänzt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das hat

(A) (Meyer-Schiffer [SPD])

Ihr Vorredner auch schon gesagt!)

Soviel Identisches, soviel kalten Kaffee, soviel wieder aufgegossenes Kaffeepulver habe ich schon lange nicht mehr erlebt, habe ich auch nicht erwartet,

(Beifall bei der SPD)

weil wir im Ausschuß eigentlich schon ganz anders diskutiert hatten, viel weiter waren. Diese alte Leier "Neuverschuldung, Schuldenabbau, die SPD kann nicht mit Geld umgehen" - ich kann sie einfach nicht mehr hören. Wenn es um Personaleinsparungen geht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion: Schauen Sie doch einmal in Ihre Anträge zum Einzelplan 05, was Sie allein im Schulhaushalt machen wollten. Ich denke, dann brauchen wir diesen Punkt hier nicht weiter zu diskutieren und schon gar nicht darüber nachzudenken, wie ernsthaft er gemeint ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte mich in Anbetracht der Zeit auf drei Punkte konzentrieren, die meine Fraktion und ich für wichtig halten und die wir auch lange gemeinsam im Ausschuß diskutiert haben, nämlich die Frage, wie uns die Nachwuchsförderung in der Steuerverwaltung gelingt, wie es uns gelingt, dort die Attraktivität zu steigern, und dann vielleicht noch einen letzten Satz zum Landesamt für Besoldung.

(B)

Meine Damen und Herren, die Deutsche Steuergewerkschaft hat in unseren Gesprächen zum Stellenplan der Finanzverwaltung immer wieder darauf hingewiesen, daß in zunehmender Zahl junge Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Steuerverwaltung nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in die Wirtschaft abwandern - ein großes Problem, ausgehend von einer gewissen Sogwirkung, die sicherlich durch die neuen Länder ausgeübt wird und die derzeit zu einer eklatanten Unterversorgung an steuerrechtlichem Sachverstand führt.

Ganz wesentlich ist dabei sicherlich auch die derzeitige Arbeitsmarkt- und Konjunkturlage für hochqualifizierte Arbeitskräfte, zu denen gerade auch all diejenigen gehören, die sich in komplizierten Fragen des Steuerrechts auskennen.

(C)

Die Methoden, die zwecks Abwerbung von großen Steuerberatungsbüros, von großen Abteilungen angewandt werden, sind uns allen bekannt; wir haben lange darüber geredet. Zum Teil werden beträchtliche Ablösesummen gezahlt. Wir halten das für ein ganz wichtiges Problem und beobachten die Entwicklung im Moment sehr sorgfältig.

Eines muß deutlich und klar gesagt werden: Ein "Mitarbeiten" des Landes zur Abwehr dieser Abwerbungsversuche kann nicht die Lösung sein. Dies gibt das öffentliche Besoldungsgefüge nicht her, übrigens in keinem Bereich, nicht nur bezogen auf die Steuerverwaltung.

Es ist auch festzustellen, daß das derzeitige Ansteigen der Abwanderungszahlen keineswegs ein Novum ist. Derartige Entwicklungen hat es auch früher schon in Phasen der Hochkonjunktur gegeben.

Meine Damen und Herren, in Phasen schwacher Konjunktur und angespannter Arbeitsmarktlage hat die Zahl der Bewerbungen derjenigen, die sich für eine Laufbahn in der Steuerverwaltung interessieren, immer wieder deutlich zugenommen. Das zeigt, daß die Attraktivität des Berufs des Steuerbeamten und der Steuerbeamtin wie in anderen Berufsfeldern des öffentlichen Dienstes auch Schwankungen unterworfen ist. Wir können und dürfen diesen Schwankungen nicht hinterherlaufen. Wir müssen stetige, übergreifende Politik über Konjunkturzyklen hinweg machen. Wir haben dies getan, und wir werden das wieder tun.

(D)

Wir haben die Ausbildungskapazitäten in Nordkirchen und Haan - ein wichtiges Zeichen an die jungen Leute - bis an die Grenzen der Belastbarkeit ausgeschöpft, und wir werden auch 1992 so handeln. Sie wissen, daß wir im Einvernehmen mit allen Fraktionen die Zahl der Anwärterstellen angehoben haben.

Zu sagen ist heute, daß wir für 1992 - das ist ein wichtiges Signal, das von den Einzelplänen ausgeht - über 670 Finanzanwärter und -anwärterinnen, über 390 Steueranwärter und -anwärterinnen neu einstellen können. Das halte ich für wichtig, nicht das Abdrischen alter Phrasen.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Meyer-Schiffer [SPD])

Ein Zweites! Wir haben ein Weiteres mit Blick auf die Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung und damit auch im Blick auf die dauerhafte Anhebung der Attraktivität des gesamten Berufsfeldes beschlossen: Wir haben in das Haushaltsgesetz 1992 die notwendigen Ermächtigungen eingefügt, die es dem Finanzminister ermöglichen, nach Verabschiedung des Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes die mit diesem Gesetz unter anderem angestrebte Anhebung der Stellenplanobergrenzen auch im Bereich unserer Landesverwaltung auszuschöpfen.

Bei alledem darf eines nicht in Vergessenheit geraten: Das Problem der Abwanderungen aus der Steuerverwaltung ist kein rein Nordrhein-Westfalen-spezifisches Problem; es besteht bundesweit.

Noch eines will ich kurz anmerken: Nach wie vor haben wir in Nordrhein-Westfalen - um dieses düstere Bild ein wenig aufzuhellen - im höheren und auch im gehobenen Dienst der Steuerverwaltung prozentual die beste Personalausstattung aller Flächenländer; auch das sollte hier einmal dargestellt werden.

(B) Die gleiche Spitzenstellung im Flächenländervergleich nimmt Nordrhein-Westfalen auch bei der Ausstattung der Steuerverwaltung mit Beförderungsstellen ein. Bei den Spitzenämtern des gehobenen Dienstes liegt Nordrhein-Westfalen besser, bei den Spitzenämtern des mittleren Dienstes sogar deutlich besser als alle übrigen Flächenländer.

Abschließend noch ein Wort zum Landesamt für Besoldung und Versorgung: Wir nehmen die Klagen über die zu lange Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen in dieser Behörde - auch das ist Ihnen bekannt - sehr ernst. Die viel zu langen Bearbeitungszeiten sind nicht - ich sage das nachhaltig - den dort derzeit Beschäftigten anzulasten, sondern sie liegen in der Tat in den Personalengpässen. Daher haben wir im Haushalts- und Finanzausschuß einvernehmlich drei Stellen aus anderen Kapiteln des Einzelplans 12 in das Landesamt verlagert.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat den Finanzminister in den Ausschußberatungen auch ausdrücklich in seiner Absicht unterstützt, zur Behebung der Engpässe bei der Beihilfebearbeitung 20 Mitarbeiter aus der Vorprüfung beim Landesamt in

der Sachbearbeitung einzusetzen.

Sie sehen, auch in Zeiten enger werdender Haushalts-situation ist es durchaus möglich, sinnvolle Akzente zu setzen. Wir haben dies getan. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Wickel für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Meyer-Schiffer, ich widerspreche Ihnen ja ungern, weil Sie eine sehr angenehme Kollegin sind. Aber das Problem ist nun einmal: Nicht das, was wir meinen, gilt, sondern wie die Leute das empfinden. Und Sie empfinden das leider ganz anders, als wir es manchmal meinen.

Ich gehe, damit es ein wenig zum Kontrastprogramm wird, etwas anders an den heutigen Tagesordnungspunkt heran.

(D) Ich habe mir die Einführungsrede des Herrn Finanzministers zu diesem Haushalt vorgenommen und erlaube mir eben die persönliche Bewertung dessen, wie es nach der Verabschiedung bzw. wie es in der zweiten Lesung des mit diesem Text eingebrachten Haushalts aussieht.

Unser Finanzminister begann damals:

Die Politik war auf die Vereinigung Deutschlands nicht vorbereitet.

Das kann ich nur unterstreichen. Es stimmt. Man hat manchmal das Gefühl: auch heute noch nicht.

(Zuruf der Ministerin Brun)

Das ist eine absolut zutreffende Feststellung.

Der Finanzminister stellt aber auch klare Glaubensbekenntnisse - so will ich es einmal nennen - in den Raum, zum Beispiel:

(A) (Wickel [F.D.P.]

Hohe staatliche Defizite und dadurch verursachte extrem hohe Zinsen sind die unsozialste Form der Vermögensumverteilung.

Meine Damen und Herren, hier landen wir vor der eigenen Brust. Wenn auch das Land nicht gemeint ist - nun, nach unserer Meinung ist das doch der Fall -: Diese Aussage muß voll unterstrichen und muß dann aber auch hier in ihren Auswirkungen betrachtet und übernommen werden.

Wenn der Finanzminister fortfahrend erklärt:

Die mit der deutschen Einheit verbundenen enormen Lasten

- wo ich nur sage: Beseitigung von 40 Jahren Sozialismus -

müssen gerecht auf mehr als eine Generation verteilt werden.

Nun, dann glaube ich doch, man kann beim näheren Nachdenken zu der Erkenntnis kommen, daß wir - wir, die wir heute hier sind - schon das Geld unserer Enkelkinder verfrühstückt haben. Wollen Sie mir einmal sagen, was wir da noch auf andere Generationen verteilen wollen?! Ohne die Demographie zu berücksichtigen, die ja jetzt schon den jungen Leuten gar nicht mehr erlauben wird, das, was wir an Lasten aufgebürdet haben, abzuzahlen.

(B)

Der Minister sagt weiter:

Zusätzliche Gefahren gehen von der inzwischen wieder beschleunigten Inflationsrate aus.

Es ist heute ja mehrfach diskutiert worden: Wenn wir in den öffentlichen Haushalten so wie bisher weitermachen, dann kommt sie nicht, sondern dann ist sie da. Wenn sie dann die letzten Zahlen hören, können Sie auch feststellen, daß es schon ganz schön anfängt. Da sind wir gefordert, nichts mehr dazu zu tun, daß diese Inflationsgefahr noch vergrößert wird.

Minister Schleißer sagt weiter, die Finanzierungsprobleme müssen mit Einnahmenverbesserungen und Einsparungen erreicht werden.

(C)

Man kann dem Finanzminister da nicht widersprechen. Nur, wer solche Glaubenssätze aufstellt, läuft natürlich immer Gefahr, daran gemessen zu werden. Deshalb ist es als erstes die Pflicht von Nordrhein-Westfalen, die Grundsicherung der Felder anzugehen, die wir hier unterschiedlich, je nach Fraktion, beklagen, wo uns der Haushalt nicht gefällt.

Er sagt:

Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand.

Das wird von uns vorbehaltlos unterstützt. Aber, meine Damen und Herren, wir warten darauf.

Ganz interessant wird es in der Einbringungsrede, wenn es da heißt:

Mehrausgaben in anderen Bereichen

- und jetzt kommt es:

- weitere Ausgabensteigerungen auch in den Schwerpunkten Wohnungsbau, Kindertagesstätten und Altenpolitik - müssen durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Bis jetzt ist man uns die Erklärung schuldig geblieben, wo das denn ist, und so lange müssen wir, wenn dieser Glaubenssatz gelten soll, das auch so stehenlassen.

(D)

Er sagt, dieser Haushalt ist ein "Moratorium für alle ausgabenwirksamen Gesetze ..."

Ich will nicht zu stark kritisieren, in wie vielen Fällen dieses Moratorium während der Beratungen durchbrochen wurde. Es wurde aber mit Sicherheit bei der Aussage: "Null-Stellen-Zuwachs 1992 und 1993" durchbrochen. Ich bekenne für meine Fraktion ausdrücklich, daß wir an einigen dieser Durchbrechungen beteiligt waren, zum Beispiel bei der Polizei, eben weil wir das einfach für notwendig hielten.

Nur, die Aussage des Finanzministers bei der Einbringung lautete: "Null-Stellen-Zuwachs".

Der Minister sagt weiter, die politischen Schwerpunkte der Regierungserklärung werden umgesetzt.

(A) (Wickel [F.D.P.])

Meine Damen und Herren, wer so wie dieses Land vor der Wand steht, der kann sich noch nicht einmal bewegen, um etwas umzusetzen, geschweige denn, die Regierungserklärung, die ich in weiten Bereichen für eine Sprechblase halte, kann noch umgesetzt werden.

Die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen wird bis 1995 stetig zurückgeführt. - Da sind wir schon wieder voll in der Rabulistik. Wenn die Zuwachsraten der Neuverschuldung kleiner werden, wird sie natürlich stetig zurückgeführt. Aber ich kann nur lesen, was in der mittelfristigen Finanzplanung steht. Da heißt es: bis 1994 126 Milliarden DM. Das sind 16 Milliarden DM mehr gegenüber den 110 Milliarden DM, die wir jetzt haben, und das in weniger als drei Jahren!

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es muß doch nicht so sein, daß man immer erst hinterfragen muß, was gemeint ist, wenn es heißt: Neuverschuldung zurückgeführt, und zwar stetig. - Das geschieht ja schon in diesem Jahr. Das attestieren wir dem Finanzminister. Er sagt: Von den Steuermehreinnahmen geht bis auf den Anteil der Kommunen der Rest in die Verringerung der Nettokreditaufnahme.

(B)

Das unterstützen wir, und das halten wir für eine haushaltspolitisch richtige Maßnahme.

Dies schließt aber nicht aus, daß wir weiterhin auf Pump leben. Man muß sich einmal vorstellen, wie das zu Hause wäre. Es wäre doch so, Herr Vesper, als würden Sie Ihre Miete monatlich bei der Sparkasse leihen. Das geht nicht gut. Deshalb wird auch die Neuverschuldung in diesen Raten nicht gutgehen. Daher muß auch hier geklärt werden und muß hier sicher sein, daß viele politische Aussagen so nicht gemeint sind, wie sie hier gemacht wurden.

Es steht zum Beispiel hier in bezug auf den Familienlastenausgleich: Das NRW-Modell sieht vor, daß die verfügbaren Mittel allein für die Anhebung des Kindergeldes eingesetzt werden.

Das ist eine tolle Aussage. Der Hintergrund ist aber:

(C)

Kindergeld zahlt der Bund. Steuerfreibeträge - Beteiligung der Länder. Da wird also hier etwas als sozial an die Wand geworfen. In Wirklichkeit ist es ein rein steuerpolitischer Umsetzungsstrick.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das, was Sie sagen, ist ja Unsinn.)

Die Unternehmensbesteuerung darf nicht kommen. - Nun, wenn Sie das sagen, verehrter Kollege aus dem Gelände mit den Haubergen, dann ist eines sicher: daß zum Beispiel die Unternehmensbesteuerung deshalb kommen muß, weil sie fast einkommensneutral ist; denn dafür werden entsprechende Subventionen gestrichen.

Also, insofern auch das wieder nicht als Neidschwelle an die Wand gemalt, sondern das geht tatsächlich praktisch in den Nullausgleich. Und deshalb steht - wenn es jetzt hier heißt, Verbesserungen auf der Einnahmeseite können erst dann akzeptabel werden, wenn alle Sparmöglichkeiten aufgegriffen wurden, sagt der Finanzminister - am Anfang das ernsthafte Sparen. Bitte, können wir dann nur sagen, fangen Sie als Landesregierung damit an!

(Minister Schleußer: Richtig!)

(D)

Bei den Haushaltsberatungen ist es noch nicht erkennbar,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt ist es aber gut!)

bei der Ergänzungsliste, die gekommen war, weiß noch keiner, was daraus wird. Deshalb erfüllt der Haushalt eben nicht die genannten Voraussetzungen; denn wir glauben, daß gar nichts mehr zu gestalten ist. Die Landesregierung könnte nur noch gestalten, wenn sie vielleicht den Jackpot im Lotto gewinnen würde, aber nicht, indem sie diesen Haushalt tatsächlich umsetzt, wobei der Kollege Trinius natürlich recht hat: Der Jackpot reichte dann nur fürs Frühstück. Aber was machen wir am Mittag und am Abend? - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Wickel. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich habe nicht sehr viel Zeit, weil Kollege Vesper noch einen Termin hat, deswegen fasse ich mich ganz kurz. Es soll auch keine Generaldebatte werden, aber ich muß noch ganz kurz sagen, daß Herr Wickel für die F.D.P. und auch die Kollegen von der CDU uns eigentlich eine Erklärung schuldig geblieben sind, was Sie denn eigentlich wollen. Eine Linie der konservativen Opposition habe ich bei diesen Haushaltsberatungen nicht erkennen können. Sie haben gesagt, Neuverschuldung - -

(Zuruf des Abgeordneten Wickel [F.D.P.]

- Nein, Sie haben gar keine Anträge gestellt. Das ist auch eine geschickte Strategie. Sie wollen Neuverschuldung reduzieren, Sie wollen Polizeistellen aufstocken. Damit kann ich, ehrlich gesagt, nicht viel anfangen. Da hätten Sie uns schon etwas mehr vorlegen müssen.

(B)

Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir haben in unserer Fraktion ein Gesamtkonzept verabschiedet, in dem den entsprechenden Ausgaben auch die entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen.

Aber jetzt haben wir hier ja keine Generaldebatte, sondern eine Debatte zum Einzelplan 12. Deswegen will ich ganz kurz einiges zum originären Bereich des Finanzministers, nämlich der Finanzverwaltung sagen; denn hier gibt es ja wirklich keinen Grund zu Verharmlosungen. Ich will es nur schlaglichtartig beleuchten.

Herr Finanzminister, es ist Ihnen bekannt, daß aktenkundige Fälle von Steuerhinterziehung in Nordrhein-Westfalen mangels verfügbarer Fachkräfte in der Finanzverwaltung nicht verfolgt werden können. Es ist Ihnen bekannt, daß aufgrund der Unterbesetzung der Betriebsprüfungen im Bereich der Unternehmenssteuer dem Fiskus Milliardenbeträge verlorengehen. Der Beweis sind die jährlichen Mehrergebnisse der Betriebsprüfung; denn kaum eine Betriebsprüfung wird ohne erhebliche Mehrergebnisse abgeschlossen.

(C)

Aber immer weniger Unternehmen bzw. Unternehmensbereiche werden tatsächlich umfangreich geprüft.

Herr Finanzminister, es ist Ihnen bekannt, daß aufgrund der miserablen Arbeitsbedingungen sowohl in materieller Hinsicht als auch aufgrund der abwegigen Haltung der Oberen die frisch ausgebildeten Finanzbeamten in Scharen abwandern. Fast ein Drittel der Absolventen der Fachhochschule in Nordkirchen suchen sich eine in der Regel besser dotierte Stelle - besser heißt dann: um bis zu 1000 Mark oder mehr - in der Privatwirtschaft.

Während die elektronische Datenverarbeitung, also die EDV, im Bereich des Rechnungswesens im Unternehmensbereich ein absolut selbstverständliches Arbeitsmittel ist, wird in der Finanzverwaltung noch mit Pilotprojekten und mit Versuchen herumexperimentiert. Im Rechenzentrum der Finanzverwaltung besteht ein Überhang an Programmierarbeiten von zwei Jahren.

Herr Finanzminister, es ist Ihnen bekannt, daß in Nordrhein-Westfalen 1991 weitaus weniger Betriebsprüfer zur Verfügung stehen als zehn Jahre zuvor; da waren es nämlich noch rund 400 Kräfte mehr. Heute stehen den rund 3 300 Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern rund 50 000 gutbezahlte, gutausgebildete Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Steueranwältinnen und Steueranwälte gegenüber. Da frage ich mich wirklich, ob von einer Waffengleichheit zwischen Steuerberatung und Betriebsprüfung überhaupt noch gesprochen werden kann.

(D)

Also, Herr Finanzminister, in Ihrem ureigensten Bereich, der Finanzverwaltung des Landes, türmen sich Probleme und Mißstände, aber getan wird nichts. Sie verharmlosen hier. Dieses Jahr hat es wieder eine Handvoll Finanzanwärter mehr gegeben. Das ist alles.

Wir GRÜNEN haben zum Beispiel im Unterausschuß "Personal" nur fünf Dozentenstellen mehr, nachdem die anderen Anträge abgelehnt waren, für die Fachhochschule in Nordkirchen gefordert. Das wurde abgelehnt.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wie oft haben Sie da nicht teilgenommen!)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Nichts hat sich bewegt! Dabei ist es reine Landeskompetenz, die Steuergesetzgebung von Bundes- und von Landesebene umzusetzen. Mit rund 30 000 Beschäftigten ist die Finanzverwaltung zwar eine der größten Verwaltungen des Landes, aber gegenüber den tatsächlichen Aufgaben und Erfordernissen ist ihr Personalbestand allemal weitaus zu niedrig, und er hat sich - ich sagte es gerade schon - in den letzten zehn Jahren noch dramatisch verschlechtert.

Ihre einzige Aktivität in diesem Bereich war die Vergabe einer Organisationsuntersuchung für die Betriebsprüfung an die private Steuer- und Unternehmensberatungsgesellschaft McArthur. Und ich frage mich, ob man da nicht den Bock zum Gärtner macht, wenn man eine Steuerberatungsgesellschaft mit der Untersuchung der Betriebsprüfung beauftragt.

Ich weiß nicht, ob Sie sich schon einmal Gedanken gemacht haben, ob es da nicht auch Interessenkonflikte bei den Gutachtern geben könnte.

Mit Billigung der seit 25 Jahren amtierenden sozialdemokratischen Landesregierung hat sich inzwischen ein Zwei-Klassen-Steuerrecht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herausgebildet. Während den abhängig Beschäftigten die Lohnsteuer als Quellensteuer direkt vom Arbeitslohn abgezogen wird, können Selbständige und Unternehmen bei der Abgabe ihrer Steuererklärungen die Höhe ihrer Steuerschuld weitgehend selbst bestimmen.

Aufgrund der lückenhaften Kontrolle durch die Finanzverwaltung wächst der Anreiz, Steuerhinterziehung zu versuchen, nehmen Steuer- und Wirtschaftskriminalität immer mehr zu. Steuerfahndungs- sowie Straf- und Bußgeldsachenstellen sind hoffnungslos überlastet. Es ist der Eindruck entstanden, Herr Finanzminister, daß in Nordrhein-Westfalen die Steuerhinterziehung als Mittel der Wirtschaftsförderung geduldet wird.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, daß in Nordrhein-Westfalen die Steuerhinterziehung als Mittel der Wirtschaftsförderung geduldet wird, das ist der Eindruck, der bei diesem Zustand hier entstehen muß.

(C) (Abgeordneter Trinius [SPD]: Das wollen Sie doch nicht ernsthaft behaupten! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Wenn Sie das als Unverschämtheit verstehen, Herr Frechen, dann ist das Ihr Problem. Es ist eine Wertung einer sattem bekannten Tatsache.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Treten Sie den Beweis an! - Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

- Ja, ich habe es gerade bewiesen. Herr Frechen, wenn Sie gerade erst aufgewacht sind, kann ich dafür auch nichts. Das ist vielleicht der späten Stunde zuzuschreiben. Nun, gut.

(Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

- Herr Frechen, wenn Sie jetzt zuhören, dann nenne ich Ihnen noch ein paar Beispiele: Mit Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung sind die Unternehmensprüfungen ausgedünnt worden. Das betrifft zunächst einmal den Prüfungszyklus bzw. die Einordnung der Unternehmen in Größenklassen.

(D) Die Abgrenzungskriterien wurden hier mehrfach sachfremd mit dem Ergebnis verändert, daß immer mehr Unternehmen von Großunternehmen zu Mittelbetrieben bzw. von Mittelbetrieben zu Kleinbetrieben heruntergestuft werden. Konkret findet sich das in kaum einer Unterlage, nur in der Personalbedarfsberechnung für 1992. Da gibt es nämlich von 1991 auf 1992 einen Sprung. Dort ist dieser verlängerte Betriebsprüfungszyklus festgehalten. Das bedeutet, daß nur noch 28,6 % der Großbetriebe pro Jahr geprüft werden sollen gegenüber 33,3 % bisher. Das sollten auch Sie wissen, Herr Trinius.

Dasselbe Bild zeigt sich bei anderen Unternehmensgrößenklassen: 15 % anstelle von 17 % bei Mittelbetrieben, 8 % anstelle von 11 % bei Kleinbetrieben usw. Hier wird die Betriebsprüfung ausgedünnt.

Herr Schleußer, Sie haben den Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern die sogenannten Schwerpunktprüfungen vorgeschrieben, ohne zu sagen, wie das konkret umgesetzt werden soll. Sie begrenzen den Gesamtvollzug auf zwölf Monate, ebenfalls eine

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

willkürliche Verkürzung des Besteuerungsverfahrens zu Lasten des Fiskus.

Über Schwarzeinkäufe bei Wiederverkäufern in der Gastronomiebranche liegt soviel Belastungsmaterial vor, daß die gemäß dem Legalitätsprinzip zwingend gebotene Strafverfolgung nach Ansicht der Vorsteher der Steuerfahndungsämter die Steuerfahndung des Landes für zwölf Jahre ausfasten würde.

Ich werde Sie jetzt nicht noch mit weiteren Details belasten, höchstens Herrn Frechen, der ja noch Informationsbedarf angemeldet hat.

Ich fasse zusammen: Während die sozial Schwachen, alte und behinderte Menschen aufgrund der allgemeinen Finanznot notwendige Leistungen nicht bekommen, wird auf der Einnahmenseite des Landeshaushalts ohne erkennbare Begründung auf dringend notwendige Einnahmen verzichtet. Das Geld liegt auf der Straße, Herr Finanzminister; Sie heben es nicht auf, weil Sie den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit fürchten.

Ich denke, ohne eine durchgreifende Verbesserung der Personalausstattung und der Arbeitsbedingungen in der Finanzverwaltung werden Steuergerechtigkeit und Steuerergiebigkeit in Nordrhein-Westfalen weiter auf der Strecke bleiben. Wir GRÜNEN haben erhebliche Mehreinstellungen im Bereich der Finanzverwaltung verlangt. Ein entsprechender Antrag liegt Ihnen jetzt zur Abstimmung vor. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Zwischenzeit 21.17 Uhr geworden. Aber Sie müssen trotzdem hinnehmen, daß ich auf alle neuen Argumente eingehe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum ersten, Herr Kollege Meulenbergh: 30 000 DM

(C) Verfügungsmittel seien unanständig hoch, sagten Sie. Ich kenne keinen Oberbürgermeister, der nicht das Doppelte hat.

Herr Kollege Wickel, beim Familienlastenausgleich wissen wir sehr wohl, daß es einen Unterschied zwischen Kindergeld und Steuerfreibetrag gibt. Wir waren in unseren Gesprächen vor dem Vermittlungsausschuß um vieles weiter. Ich nehme an, daß Sie das auch wissen. Herr Kollege Gattermann wird Sie informiert haben. - Gleiches gilt für die Unternehmensbesteuerung.

Sie haben sich auf meine Rede zur Einbringung des Haushalts bezogen. Sie haben dabei allerdings nicht erwähnt, daß ich die öffentlichen Haushalte angesprochen habe, nicht die Haushalte des Bundes oder des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern die öffentlichen Haushalte. Da gebe ich Ihnen gern recht: Das ist besorgniserregend.

Damit wäre die Behandlung der neu eingebrachten Argumente abgehandelt. Ich erwarte eine gute dritte Lesung.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und F.D.P.)

(D) **Vizepräsident Schmidt:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe deshalb die Beratung zu unserem heutigen Punkt 8, nämlich Einzelplan 12 - Finanzminister -, Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung - und Haushaltsgesetz 1992.

Ich bitte die Damen und Herren, zur Abstimmung Platz zu nehmen.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 12 ab. Das ist die Drucksache 11/2914, Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Anlage 1 zu Kap. 12 050, Personaltitel; Stichwort: Förderung der Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsabteilungen an den Finanzämtern. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 2: Antrag zu Kap. 12 090: Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wer ist für diesen Antrag. - Wer ist dagegen?
- Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 3 zu den Titelgruppen 79; Stichwort: Verstärkung der ostdeutschen Finanzverwaltung. Wer ist für diesen Antrag? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/2915 der Fraktion DIE GRÜNEN zum Einzelplan 20, und zwar zunächst zu Anlage 1, Antrag zu Kap. 20 020 Tit. 711 30: Rationelle Energienutzung- und -einsparung. Wer ist für diesen Antrag? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Die Anlage 2 ist aufgerufen: Antrag zu Kap. 20 020 Tit. 548 00: Streichung des Verstärkungsfonds für sächliche Verwaltungsaufgaben. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 3, Antrag zu Kap. 20 030 Tit. 883 11: Erstellung kommunaler Energiekonzepte. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(B) Anlage 4, Antrag zu Kap. 20 020 Tit. 972 10: Einsparung der Verfügungs-, Repräsentations- und Marketing-Mittel der Landesregierung. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Aufgerufen ist Anlage 5, Kapitel 20 610 Titel 13 310 neu, Westdeutsche Landesbank. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ja, gibt es. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2916 auf, Anlage 1, Haushaltsgesetz, Wiederbesetzungssperre. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Anlage 2, § 8 Abs. 7 HG, Haushaltskontrolle des Verfassungsschutzes. Wer ist für diesen Antrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? -

(C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Einige!)

Stimmenthaltungen? - Nicht der Fall. Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 12 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2812. Wer für den Einzelplan 12 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Gegen die Stimmen der GRÜNEN, der CDU und der F.D.P. mit den Stimmen der Mehrheit der SPD ist der Einzelplan 12 **beschlossen**.

Die Abstimmung über den Einzelplan 20 ist aufgerufen. Wer für den Einzelplan entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2816 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Nicht der Fall. Der Einzelplan ist gegen die Stimmen der GRÜNEN, der CDU und der F.D.P. mit Stimmenmehrheit der SPD **angenommen**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist aber ganz überraschend!)

Das Haushaltsgesetz steht zur Abstimmung entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2800. Meine Damen und Herren, wer ist für das Haushaltsgesetz 1992? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das Haushaltsgesetz ist mit der Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der CDU, der GRÜNEN und der F.D.P. **akzeptiert**.

(D)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Haushaltsberatungen zur zweiten Lesung.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen, um den Saal zu verlassen.)

- Wir sind noch nicht fertig, meine Damen und Herren; eine Abstimmung brauchen wir noch.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer dieser Rücküberweisung seine Zustimmung geben

(A) (Vizepräsident Schmidt)

möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Nicht der Fall. Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein.

Ich wünsche einen angenehmen Abend und eine gute Heimfahrt. Auf Wiedersehen!

Schluß: 21.26 Uhr

^{*)} Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

(B) Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(C)

(D)

Ausgegeben: 14. Januar 1992

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 884 2439, zu beziehen.